

Über die Rechtsaufsichtsbehörde  
und das Regierungspräsidium  
an das Sächsische Staatsministerium  
der Finanzen  
Carolaplatz 1

01097 Dresden

Ort, den  
Fernsprecher  
Aktenzeichen

Zutreffendes bitte ankreuzen

## Antrag auf Gewährung einer Bedarfszuweisung

- zur Unterstützung der Haushaltskonsolidierung gemäß § 22 Nr. 1 FAG
- zur Förderung von Gutachten zur Haushaltskonsolidierung gemäß § 22 Nr. 1 FAG
- zur Überwindung außergewöhnlicher und struktureller Belastungen gemäß § 22 Nr. 2 FAG

### I. Antragsteller

Name, Bezeichnung	
Anschrift (Straße, PLZ, Ort, Landkreis)	
Auskunft erteilt (Name, Fernsprecher)	
Gemeindeschlüssel: 14	Einwohnerzahl gemäß § 31 FAG
Bankverbindung (Kontonummer, Bankleitzahl, Kreditinstitut)	

### II. Übersicht über die Haushalts- und Finanzlage im Haushalt des Jahres, auf das sich der Antrag bezieht

Aufgestellt auf Grund

- des Haushaltsplanes \_\_\_\_\_
- des Nachtragshaushaltsplanes \_\_\_\_\_
- der Jahresrechnung \_\_\_\_\_

am \_\_\_\_\_

a) Allgemeine Kennziffern

	TDM	DM/Einwohner
1. Haushaltsvolumen		
davon: Verwaltungshaushalt		
Vermögenshaushalt		
	Anzahl	je 1 000 Einwohner
2. Anzahl der Stellen in: der Kernverwaltung		
den nachgeordneten Einrichtungen		
3. Zahl der Eigen- u. Beteiligungsgesellschaften <sup>1</sup>		***
	TDM	DM/Einwohner
4. Schuldenstand zum a) Antragsstichtag b) 31. Dezember des Jahres, in dem der Fehlbetrag entstanden ist (ohne Kassenkredite) Kassenkredite zum c) Antragsstichtag		
5. Finanzierungssaldo nach der Finanzierungsübersicht		

b) Hebesätze zum Antragsstichtag

1. Grundsteuer A in v. H. \_\_\_\_\_  
 2. Grundsteuer B in v. H. \_\_\_\_\_  
 3. Gewerbesteuer in v. H. \_\_\_\_\_

c) Angaben zur Haushaltsstruktur (Verwaltungshaushalt)

	Gruppierungs-Nr. laut Gruppierungsplan	TDM	DM/Einwohner
1. Einnahmen des Verwaltungshaushaltes	299		
davon: Grundsteuer A und B	001, 002		
Gewerbesteuer (brutto)	003		
Gebühren, Entgelte, u. ä.	10–15, 21, 263, 265		
Allgemeine Finanzaufweisungen	041		
Kreisumlage <sup>2</sup>	072		
Zuführung von Vermögens- an Verwaltungshaushalt	28		
2. Ausgaben des Verwaltungshaushaltes	899		
davon: Personalausgaben	4		
Zinsausgaben am Kreditmarkt	808		
Kreisumlage	832		
Zuführung von Verwaltungs- an Vermögenshaushalt	86		
3. Fehlbetrag im Verwaltungshaushalt	299./899		

<sup>1</sup> Genaue Auflistung in der Begründung mit Jahresabschlüssen, Personalstellen und Zuschussbedarf  
<sup>2</sup> nur Landratsämter

	Gruppierungs-Nr. laut Gruppierungsplan	TDM	DM/Einwohner
4. kalkulatorische Abschreibungen	680		
5. Mindestzuführungsrate vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt = Ordentliche Tilgungen + Kreditbeschaffungskosten	970 – 977 990		

- d) – Stand der allgemeinen Rücklage per 1.1. des laufenden Jahres \_\_\_\_\_ DM  
 – Mindestrücklage nach § 20 Abs. 2 GemHVO \_\_\_\_\_ DM

### III. Kosten eines Gutachtens

- a) Kosten des Gutachtens \_\_\_\_\_ DM  
 b) Beginn der Maßnahme/geplanter Fertigstellungstermin \_\_\_\_\_ / \_\_\_\_\_

**IV. Höhe des Fehlbetrages/der außergewöhnlichen Belastung:** \_\_\_\_\_ DM

### V. Angaben zum beschlossenen Haushaltskonsolidierungskonzept gemäß Anlage:

1. Ausgabenminderungen im Ausgleichsjahr in Höhe von: \_\_\_\_\_ DM  
 2. Einnahmeerhöhungen im Ausgleichsjahr in Höhe von: \_\_\_\_\_ DM

**VI. Höhe der beantragten Zuweisung:** \_\_\_\_\_ DM

### VII. Fördermittel für kommunale Investitionen (ohne Kredite) – Stand zum Zeitpunkt der Antragstellung

1. Beantragte Fördermittel insgesamt \_\_\_\_\_ DM  
 2. Bewilligte Fördermittel (nach Arten) \_\_\_\_\_ DM  
 3. In Anspruch genommene Fördermittel \_\_\_\_\_ DM

### **VIII. Zielstellung des Gutachtens/des Projektes**

(Kurze Beschreibung der geplanten Ziele, zum Beispiel Senkung des Haushaltsdefizites, mittelfristige Finanz- und Investitionsplanung)

**IX. Begründung des Antrages** einschließlich der Begründung eines eventuell entstandenen Fehlbetrages oder der außergewöhnlichen Belastung (Nachweis der offenen Kostendeckung innerhalb von 3 Jahren)

### **X. Sonstige Erläuterungen**

### **XI. Erklärung des Antragstellers**

Die in diesem Antrag (einschließlich Antragsunterlagen) gemachten Angaben sind vollständig und richtig.

---

Ort, Datum, Siegel, Unterschrift



Über die Rechtsaufsichtsbehörde an  
die Bewilligungsbehörde (Anschrift)

Ort, den  
Fernsprecher  
Aktenzeichen

**Antrag**  
**auf Gewährung einer einmaligen Bedarfszuweisung**  
**zur Förderung eines sozialverträglichen Personalabbaus**  
**gemäß § 22 Nr. 3 FAG**

**I. Antragsteller**

Name, Bezeichnung	
Anschrift (Straße, PLZ, Ort, Landkreis)	
Auskunft erteilt (Name, Fernsprecher)	
Gemeindeschlüssel: 14	Einwohnerzahl gemäß § 31 FAG
Bankverbindung (Kontonummer, Bankleitzahl, Kreditinstitut)	

**II. Maßnahme** (möglichst kurze, aber eindeutige Beschreibung der Maßnahme; ggf. auf einem gesonderten Blatt)

--

**III. Gesamtkosten**

	DM	Gesamtkosten laut Anlage 4, Seite 3 der VwV Bedarfszuweisungen
	DM	davon förderfähig nach tarifrechtlichen Regelungen

#### IV. Zu den förderfähigen Gesamtkosten wird folgende einmalige Bedarfszuweisung beantragt:

	DM (65 v. H. der förderfähigen Gesamtkosten)
--	--

#### V. Finanzierung der Maßnahme

Zuwendung laut Nummer 4	_____ DM
Beiträge Dritter	_____ DM
Eigenmittel (Nachweis durch Haushaltsplan des vergangenen Haushaltsjahres bzw. Nachtragshaushalt)	_____ DM

#### VI. Begründung des Antrages

- a) Nachweis des Personalabbaus (Personalstrukturplan des Ausgleichsjahres und des folgenden Jahres)
- b) Erläuterungen

#### VII. Erklärung des Antragstellers

- a) Die in diesem Antrag (einschließlich Anlagen und ggf. weiterer Antragsunterlagen) gemachten Angaben sind vollständig und richtig.
- b) Das unter Zahlung der geförderten Abfindung ausscheidende Personal wird nicht innerhalb von sechs Monaten wieder eingestellt bzw. nicht in kommunalen Unternehmen nach §§ 95 bis 97 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) vom 21. April 1993 (SächsGVBl. S. 301, ber. S. 445), in der jeweils geltenden Fassung, oder in kommunalen Zweckverbänden nach §§ 44 bis 57 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (Sächs-KomZG) vom 19. August 1993 (SächsGVBl. S. 815, ber. S. 1103), in der jeweils geltenden Fassung, weiterbeschäftigt.



Über die Rechtsaufsichtsbehörde an  
die Bewilligungsbehörde (Anschrift)

Ort, den  
Fernsprecher  
Aktenzeichen

**Antrag**  
**auf Gewährung einer Bedarfszuweisung**  
**zur Unterstützung von Fortbildungsmaßnahmen**  
**gemäß § 22 Nr. 6 FAG**

**I. Antragsteller**

Name, Bezeichnung
Anschrift (Straße, PLZ, Ort, Landkreis)
Auskunft erteilt (Name, Fernsprecher)
Bankverbindung (Kontonummer, Bankleitzahl, Kreditinstitut)

**II. Fortbildungsveranstaltung** (genaue Angaben ergeben sich aus den Unterlagen, die dem Antrag beigelegt sind  
– siehe Anlage 5, Seite 2 VwV Bedarfszuweisungen)

Ort der Veranstaltung		
Dauer der Fortbildungsveranstaltung vom	bis zum	Tage insgesamt

### III. Teilnehmer

Teilnehmer, für die ein Zuschuss beantragt wird  
(listenmäßige Aufführung der Teilnehmer als Anlage)

### IV. Höhe des Fortbildungskostenzuschusses (bitte Belege beifügen)

tatsächliche Kosten je Teilnehmer und Tag \_\_\_\_\_ DM  
 An den Kosten der Fortbildungsveranstaltung beteiligt sich folgende Einrichtung  
\_\_\_\_\_ mit insgesamt \_\_\_\_\_ DM  
 beantragter Fortbildungskostenzuschuss \_\_\_\_\_ DM

### V. Erklärung des Antragstellers

Die in diesem Antrag (einschließlich Antragsunterlagen) gemachten Angaben sind vollständig und richtig.

---

Ort, Datum, Siegel, Unterschrift

Alle für die Bewilligung maßgeblichen Unterlagen dem Antrag bitte in Kopie beifügen:

- Fortbildungsprogramm (Themen, Namen und Herkunft der Dozenten)
- Teilnehmerliste (mit Namen und Funktion der Teilnehmer und Bezeichnung der jeweils belegten Veranstaltung sowie der in der Vergangenheit bereits belegten Fortbildungsveranstaltungen)
- Unterrichts- und Veranstaltungsplan

#### Hinweis

Auf Anfrage erteilt das zuständige Regierungspräsidium vor Durchführung der Veranstaltung eine Auskunft über die Förderfähigkeit der Fortbildungsveranstaltung, wenn die zur Beurteilung erforderlichen Unterlagen vorgelegt werden.